

Digitalisierung der Wirtschaft Verantwortung gestalten!

Produktpiraterie und Plattformökonomie

Auf einen Blick

Die Digitalisierung und Plattformökonomie haben den weltweiten Handel mit Waren über Online-Shops alltäglich gemacht. Zugleich steigen Produktion und Vertrieb gefälschter Produkte enorm und stetig. Digitale Vertriebsketten bilden dafür zentrale Schnittstellen. Daraus resultieren gewaltige Schäden und Wettbewerbsnachteile für die deutsche und europäische Wirtschaft. Immer wieder scheitern die betroffenen Unternehmen an der Durchsetzung ihrer Rechte, weil Verantwortliche nicht greifbar sind. Verbraucher sind Leidtragende und Multiplikatoren zugleich. Bisherige Lösungsansätze konzentrieren sich vorwiegend darauf, Verbraucher vor offensichtlichen Gefahren durch gefälschte Produkte zu schützen. Die Schäden und Geschädigten durch Produktpiraterie sind jedoch weitaus vielfältiger: Verbrauchertäuschung, Rufschädigung und Geschäftsschädigung der betroffenen Unternehmen gehen Hand in Hand. Aus Sicht der oberbayerischen Wirtschaft sollte die Politik deshalb

- die Durchsetzung gewerblicher Schutzrechte im Internet effektiver gestalten,
- die Verbrauchersouveränität stärken und Awareness fördern.

Stimme der Wirtschaft

„Durch den weltweiten Verkaufserfolg meiner Innovation im Haushaltsbereich kämpfe ich bereits seit vielen Jahren gegen Fälschungen auf Online Portalen, die mein Patent verletzen. Mir würde es am meisten helfen, wenn Portalbetreiber nach Kenntnisnahme von einer Rechtsverletzung solche Angebote nicht nur unverzüglich entfernen, sondern auch aktiv dafür sorgen, dass Fälschungen meiner Erfindung dort nicht wieder angeboten werden.“

Armin Harecker
Erfinder

Rechtsdurchsetzung effektiver gestalten

Neue Ansätze für wirksame Rechtsdurchsetzung

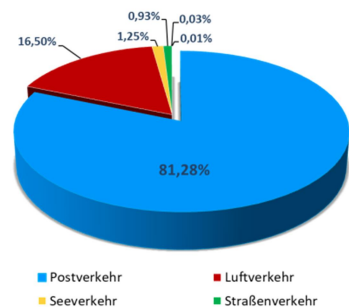
Schutzrechtsinhaber halten die deutschen und europäischen Rechtsvorschriften zum Schutz unternehmerischen Knowhows an sich für ausreichend. Sie scheitern jedoch an der Durchsetzung ihrer Rechte. Unmittelbare Täter sind in der Anonymität des Internets kaum greifbar, ihre Verfolgung scheitert zudem oft an hohen Verfahrens- und Kostenhürden. In vielen Fällen setzen Fälscher ihre Tätigkeit nach einer Verurteilung fort. Für eine effektive Rechtsdurchsetzung müssen deshalb neue, innovative Wege beschritten und ein moderner gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. - Ziel:

- Fälschungsprodukte dürfen gar nicht erst auf den Markt gelangen.
- Bei Behörden und Verbrauchern ist das Bewusstsein zu stärken, dass Produktpiraterie inzwischen häufig Teil organisierter Kriminalität ist. Sie kann der Geldwäsche genauso dienen wie der Terrorfinanzierung. Fake-Shops sind kein unfairen Wettbewerb, sie sind kriminell. Produktpiraterie muss deshalb verstärkt auch strafrechtlich verfolgt werden.

Digitale Vertriebsketten berücksichtigen

Online-Handelsplattformen sind Schnittstellenbetreiber und -manager zwischen verletzten Rechteinhabern und den für diese oft nicht greifbaren Rechteverletzern. Bei der Rechtsdurchsetzung werden sie von den Betroffenen jedoch bislang eher als Firewall denn als Bindeglied wahrgenommen. Verdienen sie an jeder Platzierung und jedem Verkauf eines Fälschungsprodukts mit, fehlt ihnen ein effektiver Handlungsanreiz, Produktpiraterie selbst zu bekämpfen und Rechteinhaber bei ihrem Kampf dagegen zu unterstützen. Nach dem Grundsatz „Freiheit bedingt Verantwortung“ sollten deshalb neue Verantwortungskonzepte einen fairen Interessenausgleich fördern. Die Verantwortung von Plattformbetreibern muss gestärkt und auch für sie ein neues Haftungskonzept entwickelt werden:

Produktpiraterie – Anzahl der Aufgriffe nach Verkehrsarten



Quelle: Zollstatistik Gewerblicher Rechtsschutz für das Jahr 2019

Moderne Verantwortungskonzepte entwickeln

Die bisherige Haftungsprivilegierung für Plattformanbieter durch die E-Commerce-RL muss in der heutigen digitalen Welt durch ein neues, einheitliches Verantwortungskonzept abgelöst werden – der geplante „Digital Services Act“ wird insoweit begrüßt. Er bietet die Chance, die Störerhaftung und die Unterscheidung zwischen unmittelbaren und mittelbaren Verletzern durch ein einheitliches, für alle Beteiligten gültiges Konzept der Fahrlässigkeitshaftung zu ersetzen (vgl. z.B. Haftung der gesamten Verletzer-/Liefer-Kette bei Markenverletzungen). Das heißt: Die Verletzung spezifischer Sorgfaltspflichten führt zu einer vollen Haftung auf Beseitigung, Unterlassung und Schadenersatz. Spezifische, rollenbezogene Handlungs- und Sorgfaltspflichten sind dabei gesetzlich zu definieren.

Gesetzliche Handlungs- und Sorgfaltspflichten statt freiwillige Selbstverpflichtungen

Freiwillige Selbstverpflichtungen der großen Online-Handelsplattformen gegenüber der EU-Kommission sind grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch können sie als einseitig kündbare Erklärungen keinen Ersatz für eine gesetzliche Regelung bieten. Stattdessen sollten zumutbare Handlungs- und Sorgfaltspflichten - bezogen auf die Rolle der Plattform - gesetzlich definiert werden, und ebenso die Rollen der Plattformen selbst (z.B. findet „Online-Handel“ inzwischen auch auf Kommunikationsplattformen wie facebook statt). Vorschläge für Handlungspflichten:

- **„notice & take down“:** Beseitigung von Verletzungsprodukten nach Kenntnis von Verletzung
- **„Stay down“:** effektive Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung weiterer Fälschungsprodukte, ggf. Shopschließungen, Screening, Kontrolle der Zahlungsabwicklung („Einfrieren“ von Zahlungen u.ä.), Standardisierte Abhilfeverfahren auch für betroffene Händler
- **Prävention:** Proaktives Screening nach Fälschungsprodukten (ohne Verletzungshinweis), Mitwirkungspflicht des Rechteinhabers - **Exkulpationsmöglichkeit** für Plattformbetreiber
- **Identifizierung/Verifizierung:** Identifizierungspflicht für geschäftliche Nutzer gegenüber der Plattform und Maßnahmen zur Identitäts-Prüfung durch die Plattform
- **Offenlegung** der Anbieterangaben gegenüber dem Verletzten durch die Plattform

Meldesysteme stärken und EU-weit standardisieren

Das bei der EU-Kommission eingerichtete „Rapid Alert System“ ist ein guter Ansatz, aber in der bisherigen Beschränkung auf sicherheitsrelevante Produkte nicht ausreichend. Es sollte auf alle Fälschungsprodukte erweitert und in ein gesetzliches Gesamtkonzept eingegliedert werden. Denn gerade im Onlinehandel auch mit nicht spezifisch sicherheitsrelevanten Produkten (z.B. Bekleidung, Accessoires, Schuhe) erfolgen Fälschungskäufe oft unbewusst, betroffene Kunden bewerten dann ein mangelhaftes, vermeintliches Original-Produkt negativ. Das führt zu einem massiven Image-Schaden des Original-Herstellers, der sich auch durch eine spätere Aufklärung kaum beheben lässt. So verlieren Marken am Ende ihre Orientierungsfunktion für Verbraucher - zum Schaden der gesamten Wirtschaft. Darüber hinaus sollten Meldesysteme vereinheitlicht und EU-weit einheitliche Basiskriterien mit kurzen Fristen für notice and takedown-Mechanismen geschaffen werden.

Verbrauchersouveränität stärken – Awareness fördern

Der Verbraucher ist ein wesentlicher Faktor, Treiber und Multiplikator für den Erfolg digitaler Geschäftsmodelle und Angebote. Ohne sein Kaufverhalten gäbe es keinen Markt für Produktpiraterie. Oft führt zwar fehlende Awareness oder Unkenntnis zu unbewussten Fälschungskäufen, viele Verbraucher wählen jedoch gezielt und bewusst vermeintlich günstige Fälschungsprodukte. In der digitalisierten Welt sind Unternehmen deshalb mehr denn je auf einen „aufgeklärten, objektiven und informierten Verbraucher“ angewiesen, der Verantwortung für sein Handeln übernimmt. Zugleich sichert ein souveräner Verbraucher Freiheit und Wettbewerb auch in einer digitalisierten Welt. Wesentliche Voraussetzung dafür sind eine flächendeckende, gezielte Aufklärung der Verbraucher auch über die Folgen ihres Verhaltens sowie die Bereitschaft zu verantwortungsvollem Handeln. Die betroffenen Rechteinhaber benötigen dafür die Unterstützung der Politik und der Öffentlichkeit.

Ansprechpartner:

Frau Dr. Amelie Winkhaus ☎ 089 5116 -1689 @ winkhaus@muenchen.ihk.de
 Frau Dr. Tatjana Neuwald ☎ 089 5116 -1312 @ neuwald@muenchen.ihk.de

Zahlen und Fakten



- **Zunahme von Produktfälschungen:** 50 Milliarden Euro Umsatzeinbußen für EU-Wirtschaft pro Jahr, Verlust Steuereinnahmen 15 Milliarden Euro (EUIPO IPR Status Report 2020).
- **Zollbeschlagnahme mühsam:** 85 % aller Beschlagnahmefälle in der EU betreffen heute Kleinsendungen per Post und Courier-Express, aufgrund online-Bestellungen (EUIPO/OECD-Studie 2019).
- **Hohe Kosten für Rechtsverfolgung:** Die Verfolgung von Produktpiraterie kostet ein Kleinunternehmen jährlich über 80.000 Euro, Großunternehmen über 150.000 Euro (EUIPO IPR Status Report Juni 2020).
- **China/Hongkong ist Haupt-Ursprungsland für Fälschungen:** Jahrelange Gerichtsverfahren in China kaum bezahlbar – und oft ohne Kompensation für die Markeninhaber

Hinweis



- *Produkt- und Markenpiraterie ist heute eine wichtige Finanzierungs-Quelle für organisierte Kriminalität jeder Art bis hin zu Terrorismus.*
- *Verbraucher und ihr Konsumverhalten schaffen den Markt für Plagiate mit*
- *Ziel einer effektiven Rechtsverfolgung muss die präventive Unterbindung von Fälschungsverkäufen sein.*

Fazit



- *Wir haben im gewerblichen Rechtsschutz durch die Digitalisierung kein Problem mit materiellem Recht, wir haben ein Problem mit der Durchsetzung des Rechts.*
- *Wer Verantwortung stärkt, stärkt den Wirtschaftsfaktor geistiges Eigentum.*